

Bittere Erinnerung
an den Mauerbau

„Keiner kommt durch!“

Dietmar Schultke

*Keiner kommt durch, Genossen,
das sei versprochen!
Nicht den Verführten lassen wir aus
unserem Land,
nicht den Verführer lassen wir herein,
wir verhindern den Missbrauch
der Dummheit.*

Helmut Preißler

Die SED-Führung war bereits vor dem Mauerbau in Sachen Grenzsicherung und Abschottung gegenüber dem „Klassenfeind“ sehr aktiv gewesen. Die „grüne Grenze“ wurde sukzessive seit Gründung der DDR ausgebaut: Die Personalstärke der Grenzpolizei betrug 1950 „nur“ 16 800 Mann, bis zum Mauerbau sollte diese auf über 50 000 Personen aufgestockt werden. 1952 wurde für die „grüne Grenze“ zur BRD eine verschärfte Polizeiordnung erlassen. Neben einem Stacheldrahtzaun und Hochsitzen für die Menschenjagd kam es zur Installierung eines fünfhundert Meter breiten Schutzstreifens: Alle Kinos, Gaststätten, Pensionen und Erholungsheime innerhalb des Schutzstreifens mussten geschlossen werden, Aufenthalte bedurften einer besonderen Genehmigung, mehr als 11 000 Personen wurden zwangsausgesiedelt. Ferner kam es zur Errichtung eines Zehn-Meter-Spurenstreifens.

Die „Pieck-Allee“

Der *Rheinische Merkur* berichtete im Juni 1952: „Pieck-Allee nennen die Menschen in der Zone mit bitterem Sarkasmus jenen zehn Meter breiten Spurenstreifen, der

sich [...] immer lückenloser, immer vollkommener entlang der Zonengrenze zieht, den befohlene Arbeitskolonnen aus den Dörfern nahe der Zonengrenze zu schaffen hatten. Die Traktoren wurden von überall herangeholt [...] und pflügten diesen Zehn-Meter-Streifen. In den Wäldern arbeiteten Kolonnen mit Motorsägen. Dann wuchsen auf diesem Streifen die ersten Hindernisse, um hier, mitten in Deutschland, eine solche Grenze zu schaffen, wie sie im Westen nicht einmal an den echten Landesgrenzen zu finden ist.“

Schlupfloch Berlin

Diese Absperrmaßnahmen blieben nicht ohne Wirkung: Von 1957 bis 1960 flüchteten mehr als 850 000 DDR-Bürger in Richtung Westen: Dabei spielte die 1400 Kilometer lange „grüne Grenze“ gegenüber der 160 Kilometer langen Grenze um Berlin eine untergeordnete Rolle. Über das Schlupfloch Berlin flüchteten nämlich 200 000 Ostdeutsche mehr als über die Landesgrenze! West-Berlin, der Pfahl im Fleische des real existierenden Sozialismus, musste also – wenn schon nicht gezogen – so doch hermetisch abgedichtet werden.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) kümmerte sich ausführlich um die Flüchtlingsbewegung in den Jahren vor dem Mauerbau: Von Dezember 1956 bis einschließlich Mai 1957 wurden laut einer internen Statistik 127 063 Personen als Republik-Flüchtlinge registriert, davon 52 129 Frauen und 17 881 Kinder.

Die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge lässt sich teilweise nach folgenden Gruppen staffeln:

Berufsgruppe	Dezember 1956 – Mai 1957
Facharbeiter	53 997
Angestellte	15 997
Bauern	2 508
Studenten	619
Wissenschaftler/Ingenieure/ Techniker	606
Lehrer	550
Ärzte	131
Gesamt (Personen)	74 408

Die Fluchtmotive basierten teils auf der Hoffnung auf materielle Verbesserungen, teils auf politischen Gründen. Beide gingen nicht selten fließend ineinander über! So ist die vom MfS konstatierte prozentual hohe Fluchtziffer unter den Bauern vor allem auf die Zwangskollektivierung und Enteignung des Landes zurückzuführen. Die Ackerflächen wurden in den fünfziger Jahren in so genannten Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPG) vereinigt, dies sollte nach sowjetischem Vorbild eine effizientere Großflächenwirtschaft zur Folge haben.

Die Jugend flüchtet in das Abenteuer Freiheit

Laut einer Untersuchung aus jener Zeit betrug der Anteil der politisch motivierten Flüchtlinge knapp dreißig Prozent! Für einen ähnlich hohen Anteil wurden wirtschaftliche Motive angegeben. Sogar die Vorzeige-Betriebe der DDR, in denen das „Arbeiter-und-Bauern-Paradies“ sich selbst propagandistisch feierte, mussten mit der Fluchtproblematik kämpfen. Zum Beispiel flüchteten in den Monaten Mai und Juni 1957 aus den Leuna-Werken in Halle genau 86 Fachkräfte. Die Werke trugen damals den Ehrennamen „Walter Ulbricht“, doch dieser fühlte sich – wie

auch sein Stasi-Chef Erich Mielke – von der Abstimmung per „Fuß-Abdruck“ wenig geehrt.

„Freie Deutsche Jugend, bau auf!“ hieß ein oft gesungenes Lied in der DDR, doch die Jugend dachte nicht daran: Unter den Flüchtlingen lag der prozentuale Anteil von fünfzehn- bis 25-jährigen Personen bei über fünfzig Prozent! Fluchtmotive waren häufig die Nichtzulassung zum Studium (was nicht selten politische Gründe hatte), fehlende Lehrstellen in attraktiven Berufen und bessere Verdienstmöglichkeiten. Erstaunlich häufig kam das MfS in seinen Aufzeichnungen zum Schluss: „Die Abenteuerlust lockt in den Westen!“

Wie absurd die Absagen bei der Vergabe von Studienplätzen verliefen, zeigt folgendes Beispiel: Ein Abiturient wollte an einer Fachschule studieren, wurde aber vorerst abgewiesen und in dem Bereich Forschung und Entwicklung des Kunstfaserwerkes Gera angestellt. Er ließ sich vertrösten; letztlich gestand ihm der Kaderleiter, dass er nicht zum Studium zugelassen werden könne, weil sein Vater vor 1945 Lehrer gewesen sei.

Bemerkenswert bei den Jugendlichen ist die beträchtliche Anzahl von Wehrdienst-Verweigerern. Das MfS notierte: „In letzter Zeit gibt es [...] Fälle, wo Jugendliche republikflüchtig werden, um sich dadurch ihrer eingegangenen Verpflichtung zur Nationalen Volksarmee zu entziehen.“

In der DDR gab es in den fünfziger Jahren noch kein Wehrdienstgesetz, hingegen wurde es im Jahr 1957 in der BRD eingeführt (die DDR folgte erst 1962). Das heißt, die Jugendlichen hatten in einer „schwachen“ Stunde eine Anwerbung unterzeichnet und diese später nicht mehr aufheben können, woraufhin sie gen Westen flüchteten.

Ein anderer Jugendlicher verließ das Land, weil er und zwei seiner Freunde staatstragende Fahnen niedergerissen

hatten: Die Freunde wurden festgenommen, er bekam Angst und flüchtete.

Der Westen bot mehr Chancen, weniger triste Lebensverhältnisse, besseres Geld und damit mehr individuelle Freiheit! Ein Jugendlicher aus Mecklenburg-Vorpommern flüchtete nach Hamburg und offenbarte seinen Eltern: „Ich habe weder das Glück, Vater zu werden, noch etwas verbrochen. Lediglich mein unruhiges Blut trieb mich dazu, das langweilige Schwerin zu verlassen. Man will ja was erleben, und damit ist es nun mal in Schwerin nichts.“

Auf den Dörfern gab es noch mehr Langeweile und noch weniger Verdienst, zudem nur eine beschränkte Berufswahl, und an „Abenteuer“ war dort erst recht nicht zu denken. So schrieb die junge Ines K. an ihre Eltern: „Ich will nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiten (deshalb ging ich nach Westberlin) [...] hier lerne ich in einem großen Kaufhaus Droginistin.“

Und im Raum Magdeburg notierte das MfS mit Entsetzen ein gestohlenen Boot: Drei Jugendliche hatten dieses entwendet und waren damit über die Elbe zum „Klassenfeind“ geflüchtet. Die Unterschrift auf dem Abschiedsbrief lautete „Die drei Cowboys!“

Ostdeutsches „Arbeiterparadies“

Wenn es nach dem Willen von Ulbricht und Honecker gegangen wäre, so hätte die Fluchtbewegung umgekehrt verlaufen müssen: Die armen Proleten aus dem kohleverschmutzten Ruhrpott flüchten in die sauberen Leuna-Werke nach Halle, oder sie finden bessere Heimat in der neu errichteten StalinStadt, wo ein Stahlwerk sonnige Zukunft offenbarte. Ferner hätten die Kleinbauern aus Bayern und Schleswig-Holstein in den Osten „rübermachen“ müssen, denn dort frohlockten das Glück der russischen Kolchose und ein Leben ohne Sorge im sozialistischen Kollektiv.

Wie aber sah die reale „Fluchtbewegung“ von West- nach Ostdeutschland aus? Immerhin, es gab eine signifikante Migration: Die Zahlen wirken jedoch ernüchternd, denn auf hundert geflüchtete Ostdeutsche kamen im Schnitt in den Sommermonaten des Jahres 1957 nur sieben Übersiedler aus dem Westen. Und dieses Verhältnis von hundert zu sieben ist typisch für die fünfziger Jahre.

Neben den „Wessies“, die sich im Osten ansiedelten, gab es so genannte Rückkehrer. Also in den Westen geflüchtete Ostdeutsche, die dort keine Wurzeln schlugen und wieder in die DDR zurückkehrten. Von hundert geflüchteten Ostdeutschen kamen immerhin zwanzig Personen wieder in die DDR zurück: Teils lag das am Heimweh, teils an falschen Erwartungen. Die Rückkehrer hatten es nicht leicht, denn wie eine Aussprache im Bezirk Berlin-Lichtenberg ergab, wurde einhellig von Anfeindungen in den Betrieben berichtet: Die Kollegen machten sich über die Rückkehrer lustig, sie waren als „Verräter“ und „SED-Spitzel“ verrufen.

Das Ende der Millionen-Flucht

Die fünfziger Jahre stehen im Westen für das „Wirtschaftswunder“ unter Ludwig Erhard und damit einhergehend für einen Arbeitskräfte-Mangel. So berichtete *Die Welt* vom 16. Februar 1957: „[...] rund 32 000 Ingenieure fehlen der Elektrotechnik und dem Maschinenbau in der Bundesrepublik.“

Dieser Fachkräfte-Mangel wurde späterhin von der DDR-Führung als das Hauptmotiv für den Mauerbau angegeben. Gewiss kam es auch zu Abwerbungen von Seiten des Westens in der DDR, doch diese stehen in keinem Verhältnis zur Fluchtbewegung.

Wenn Personen in den DDR-Betrieben unverblümt Abwerbungen durchführten, so wurde dies als kriminelles Delikt geahndet, das heißt, es kam zur Festnahme durch die „staatlichen Organe“.

Die Stasi nutzte alle „Kanäle“ für Informationen, so die Briefkontrolle von West nach Ost und umgekehrt. Aus dieser Recherche heraus ergaben sich für den Bezirk Neubrandenburg im Zeitraum des Monats Februar 1957 allein 109 Hinweise auf Republikflucht. Das MfS hatte bei den recherchierten Hinweisen in 51 Fällen das Nachsehen gehabt, denn bei Prüfung der Sachlage hatten die betroffenen Personen bereits „rübergemacht“. Die restlichen Betroffenen mussten mit Verhören durch die Volkspolizei rechnen. Häufig wurde der Personalausweis eingezogen, sodass eine legale Möglichkeit zum Passieren der innerdeutschen Grenze ausgeschlossen war. Letztlich stand die SED-Diktatur der demokratischen Abstimmung „per Fuß-Abdruck“ ohnmächtig gegenüber; nur ein totales Zuziehen des Eisernen Vorhanges konnte den „Aderlass“ eindämmen.

Der *Spiegel* berichtete eine Woche vor dem Mauerbau: „Wenn es Ulbricht nicht gelingt, die Massenflucht einzudämmen, ist seine Chance gleich null, den Lebensstandard der Bevölkerung so zu heben, dass sie willens wäre, die Inkommoditäten des volksdemokratischen Alltags, vornehmlich seine muffige Atmosphäre [...], in Kauf zu nehmen.“

Seit Mitte der fünfziger Jahre führten die westlichen Geheimdienste unter dem Decknamen „Chinese Wall“ entsprechende Pläne für einen Mauerbau um den westlichen Teil Berlins. Dass es dann tatsächlich dazu kommen sollte, überraschte die führenden Politiker wenig, hingegen zeigten sich die Bürger Berlins schockiert. Insgesamt waren vom 1. Januar 1949 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 2,68 Millionen Ostdeutsche in den Westen geflohen.

Der 13. August 1961

Am 15. Juni 1961 behauptete Ulbricht noch auf einer internationalen Pressekonferenz: „Niemand hat die Absicht, in

Berlin eine Mauer zu errichten.“ Doch in Wirklichkeit beschäftigte sich das SED-Politbüro seit Anfang der fünfziger Jahre mit solchen Plänen! Den letzten „Segen“ holte sich Ulbricht für sein „architektonisches Meisterwerk“ Anfang August bei einem Treffen mit Chruschtschow; hierbei muss betont werden, dass einzig auf Drängen der SED-Führung dieses „Ja“ gegeben wurde! Ulbricht hatte in den Jahren zuvor mit seinen „Mauer-Vorschlägen“ stets eine Abfuhr erhalten.

Für den 13. August wurden unter anderem 18200 Betonsäulen, einhundertfünfzig Tonnen Stacheldraht (zum Teil in Westdeutschland gekauft) und fünf Tonnen Bindedraht verwendet. Die Materialien ließ die SED-Führung aus dem gesamten DDR-Gebiet herankarren, es gab eine Sternfahrt auf die Hauptstadt, die letztlich die Sternstunde der deutsch-deutschen Wiedervereinigung in weite Ferne rücken ließ. Die Fahrer wussten nichts von der Verwendung. Geheimhaltung stand bei den leitenden Kadern an erster Stelle. Übrigens auch bei den eingesetzten Militärkräften: Um Mitternacht wurde in sämtlichen Kasernen, Dienststellen und Feldlagern der bewaffneten Organe der DDR Gefechtsalarm ausgelöst. In hinterster Sicherungsstaffel stand die Rote Armee. Durch die Grenzpolizei und Einheiten der Kampfgruppen erfolgte die Unterbrechung der Schienenverbindungen, ebenso kam es zur Sperrung von mehr als achtzig Straßenübergängen.

Es folgte der pioniermäßige Ausbau der Grenzanlagen. Fünf Tage nach dem Verlegen der Stacheldrahtverhaue wird mit dem Bau der Mauer begonnen: Die einhundertsechzig Kilometer lange Betongrenze, im Schnitt 3,5 Meter hoch, später durch eine weitere Grenzabsperrung doppelt gesichert, wurde zum umfangreichsten Bauprojekt in der Geschichte des ersten deutschen „Arbeiter-und-Bauern-Staates“.

Der damalige DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann erinnerte sich, dass die Nationale Volksarmee durch getarnte Truppenbewegungen an die Berliner Sektorengrenze herangeführt wurde: „Erich Honecker rief mich nachts an, gab mir die ‚x-Zeit‘ und sagte: ‚Die Aufgabe kennst du! Marschier!‘ Wir waren kaum an der Grenze, da war auch Erich Honecker da und überzeugte sich, ob unsere Panzer und die anderen Einheiten an der richtigen Stelle standen. Er sprach nicht nur mit mir [...], sondern an Ort und Stelle auch mit den Soldaten und erläuterte ihnen, warum wir diese Maßnahmen durchführen müssten.“

Panische Reaktionen

Die Ost-Berliner Bevölkerung reagierte oft in Panik. Unter lebensgefährlichen Risiken ereigneten sich Fluchtversuche, die nicht selten Unfälle zur Folge hatten: Das erste Todesopfer war Rudolf Urban; er wollte sich am 19. August aus einem Haus in der Bernauer Straße abseilen und stürzte dabei ab; laut DDR-Dokumenten kam es allein in den ersten zehn Oktobertagen zu neun Anwendungen der Schusswaffe, im Schnitt wurde also fast täglich geschossen! In diesen zehn Tagen gab es vierzehn Warnschüsse und 25 Zielgeschüsse, in deren Folge zwei Personen verwundet und zwei Personen getötet wurden. Vom 13. August bis zum Ende des Jahres 1961 bezahlten 21 Personen ihren Fluchtversuch mit dem Leben!

Das störte die SED-Führung wenig, diese konnte vielmehr mit den Folgen zufrieden sein, denn die Fluchtbewegung wurde rapide eingedämmt: Im August 1961 zählte man noch 47 433 Flüchtlinge an der Berliner Grenze, im Dezember waren es nur noch 2420 Personen. Einzig durch die Anwendung des Schießbefehls, also die Androhung des Todes bei Fluchtversuch, konnte ein solcher Rückgang er-

reicht werden. Staatsterror als Mittel der Gleichschaltung, hier zeigte sich deutlicher als jemals zuvor, wie totalitär die SED-Führung ihre Existenz gegenüber Andersdenkenden sicherte.

Der damalige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, fand zunächst keine Mittel, um sich dem Mauerbau zu widersetzen. Zwar fuhren am Checkpoint Charlie amerikanische Panzer auf, doch diese waren bestenfalls Drohgebärde für den Osten gewesen. Die Alliierten duldeten die Absperrrmaßnahmen, und Adenauer verhielt sich ebenfalls zunächst abwartend. Die Versuche, sich vor der Verantwortung gegenüber den „Brüdern“ im Osten zu rechtfertigen, wirkten hilflos. Ein westdeutscher Journalist, der zur Zeit des Mauerbaus in der DDR Urlaub machte, notierte in seinem Tagebuch: „Adenauer [...], Kennedy, die NATO. Sie können uns ja nicht allein lassen. Sie haben es doch versprochen. Sie werden uns helfen [...] Wo bleibt Adenauer [...]? Warum ist er noch nicht in Berlin? Und Kennedy? [...] Und (der britische Premierminister) Macmillan? Er spielt wahrscheinlich Golf [...] Mein Gott, sie fahren in die Freiheit, und wir müssen hier zurückbleiben – im Gefängnis.“

Bundeskanzler Adenauer reiste tatsächlich erst am 16. August von Bonn nach Berlin, und Kennedy befand sich am 13. August auf seinem Kabinenkreuzer Marylin, und Macmillan genoss seinen Urlaub in Schottland.

Erst zur Weihnachtszeit 1963 kam es zu einer Lockerung der totalen Absperrrmaßnahmen. Willy Brandt arrangierte ein Passierschein-Abkommen für Besuche von West-Berliner Bürgern im Ostteil der Stadt. Weitere folgten; sie bildeten die ersten winzigen „Löcher“ in der Mauer, denen durch die Brandtsche Ostpolitik in den siebziger Jahren weitere folgen sollten.